

27.02.2008 - 09:51 Uhr

proTEll: "Wir lassen uns nicht entwaffnen"

Bern (ots) -

An der Ausstellung "Fischen Jagen Schiessen" in Bern entlarvte proTEll die Volksinitiative "Schutz vor Waffengewalt" als pietätlosen Missbrauch für ihre schleppende Unterschriftensammlung sowie Missbrauch des Initiativrechts. Die Initiative wurde beschlossen, als die Anpassung an das EU-Waffenrecht noch nicht in Kraft und die landesinterne Revision noch in Beratung war.

Die Initiative wird begleitet von über 20 Vorstössen. Auch kantonal werden Vorstösse eingereicht, obwohl das Waffenrecht Bundesrecht ist. Initiative und Vorstösse machen deutlich:

Ziel ist ein staatliches Waffenmonopol. Die Initianten treiben eine Schwächung respektive Abschaffung der Milizarmee sowie des ausserdienstlichen Schiessens voran:

- Die Heimabgabe der persönlichen Waffe soll aufgehoben und die Waffe nach der
- Wehrpflicht nicht mehr überlassen werden.
- Der traditionelle, private Waffenbesitz wird massiv eingeschränkt, praktisch verunmöglicht.
- Das bedeutet Entwaffnung des Bürger/Soldaten und Entzug des bisherigen Vertrauens.

Es wird ein flächendeckendes Waffenverbot als "Lösung" gegen Waffenmissbrauch suggeriert. Bürger/ Bürgerinnen werden mit der Gleichung: "Keine Schusswaffen = keine Suizide und Tötungsdelikte" geködert.

Die gestellten Photos der ANNABELLE 14-06 entlarven die Initiative ebenso, wie die Homepage der SP-Schweiz, wo mit dem Slogan: "Armeewaffen ins Zeughaus" sowie einer Hand mit fünf bluttriefenden Fingern geworben wird.

2004 wurden in unserem Land von total 1284 Suiziden 78.8% und bei Tötungsdelikten 73.2% nicht mit Schusswaffen, sondern mit anderen Mitteln verübt. Diese überwiegende Zahl der Tötungen mit andern Mitteln werden ebenso ausgeblendet, wie physische Gewaltanwendung durch vorsätzliche Körperverletzung, Raub, Raserei etc. sowie auch psychische Gewaltanwendung. Warum bekämpfen die Initianten nicht die Ursachen von Gewaltandrohung und -anwendung? Wo bleiben entsprechende gesellschaftliche und politische Intentionen? Solche Massnahmen sind ihnen ein mühsamer Dauerprozess, der kurzfristig keinen politischen Erfolg bringt.

Mit Kasernierung der Waffe ist weder das "Obligatorische", noch das Breitensportliche Schiessen möglich. Die nebulöse Formulierung der Initiative in Art. 118 Ziff. 4, Zitat: "Das Gesetz regelt die Ausnahmen, namentlich für lizenzierte Sportschützen" zeigt, dass es keineswegs um klare Regelungen für das sportliche und jagdliche Schiessen geht.

Mittel gegen Gewalt, Suizid und Tötungsdelikte sind demgegenüber:

- Erziehung zu Respekt gegenüber Leib und Leben sowie zum verantwortungsbewussten Umgang mit Gegenständen, Waffen, Präparaten usw.
- konsequente Anwendung bestehender Gesetze und präventiv wirksame Bestrafung

- gründliche Abklärung der "Waffen-Qualifikation" in Rekrutenaushebung und Rekrutenschule und
- rechtzeitige, effiziente Betreuung von Verzweifelten.

proTELL fordert alle Waffenbesitzer auf:

- befasst Euch mit dem Text der Initiative, er gibt die Antwort zu ihrer Bekämpfung selbst
- entlarvt die Initiative aktiv durch Gespräche, durch Leserbriefe, Publikationen usw.

Kontakt:

Willy Pfund a/NR
Präsident proTELL
Tel.: +41/61/703'04'77
Mobile: +41/79/645'02'20

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007002/100555609> abgerufen werden.